



BAGSO-Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021

Themenfeld „Freiwilliges Engagement und Partizipation“

Alle Fragen und die vollständigen Antworten der Parteien

Einleitung

Das freiwillige und ehrenamtliche Engagement älterer Menschen ist für die Gesellschaft unverzichtbar. Mit der Übernahme von Verantwortung tragen die älteren Generationen aktiv zu einem guten Leben in der Stadt und auf dem Land bei. Aus Sicht der BAGSO bedarf es auch bundespolitischer Maßnahmen, um das Engagement und die Partizipation Älterer zu unterstützen und zu befördern.

Frage an die Parteien

- **Ältere Menschen wollen sich engagieren und am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Welche bundespolitischen Maßnahmen wird Ihre Partei umsetzen, um das freiwillige Engagement und die Partizipation Älterer gezielt zu fördern und „krisenfest“ zu machen?**

Antworten der Parteien

CDU/CSU

CDU und CSU wollen, dass ältere Menschen am alltäglichen Leben in allen Bereichen ganz selbstverständlich teilhaben und sich einbringen können. Die Förderung des bürgerschaftlichen, freiwilligen und ehrenamtlichen Engagements ist nach Auffassung von CDU und CSU unverzichtbar für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Durch die demografische Entwicklung wird das Thema „Nachbarschaftshilfe“ immer wichtiger. Daher wollen CDU und CSU kommunale Erfolgsmodelle wie Mehrgenerationenhäuser, Freiwilligenagenturen sowie Bürger- und Seniorenbüros weiter ausbauen. Um die Selbstorganisationsfähigkeit der Generationen untereinander zu stärken, wollen CDU und CSU Nachbarschaften durch gezielte Stadtentwicklungs- und Regionalprogramme nachhaltig und gezielt fördern.

SPD

Millionen Bürger*innen engagieren sich ehrenamtlich in (Sport-)Vereinen, der freiwilligen Feuerwehr, Kirchen- und Religionsgemeinschaften, Tafeln, Frauennotrufen, Flüchtlingsorganisationen, dem THW und anderen Organisationen. Mit ihrer Arbeit tragen sie dazu bei, dass unser Gemeinwesen funktioniert. Dieses ehrenamtliche zivilgesellschaftliche Engagement ist für uns

unverzichtbar. Wir werden es daher auf allen Ebenen weiter unterstützen. Um die ältere Generation in politische und gesellschaftliche Entscheidungsprozesse einzubinden, wollen wir die Kooperation mit öffentlichen Institutionen, gesellschaftlichen Gruppen, mit Verbänden und mit der Wirtschaft verbessern. Den Initiativen von Seniorenbeiräten, Sozialverbänden, Seniorenorganisationen und Gewerkschaften werden wir noch mehr Aufmerksamkeit verschaffen.

FDP

Wir Freie Demokraten verstehen uns als Bürgerpartei für alle Generationen auch als Interessenvertreter der aktiven Älteren. Wir verstehen Seniorenpolitik nicht als isoliertes Themenfeld, sondern als alle Politikbereiche durchdringende Querschnittsaufgabe. Wir wollen gemeinsam mit den Älteren einen Beitrag für ein neues Seniorenbild in unserer Gesellschaft leisten und die großen Ressourcen nutzen, die im Wissen und den Lebenserfahrungen älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger liegen. Deutschland kann es sich nicht leisten, Kenntnisse und Engagement einer stetig wachsenden Zahl seiner Bürger brach liegen zu lassen. Viele Ältere sind bereit, ehrenamtlich Verantwortung zu übernehmen. Wir Freie Demokraten wollen zur stärkeren Mitwirkung in Seniorenvertretungen und -parlamenten motivieren und neue Anreize zur Erschließung der vorhandenen Potentiale für ehrenamtliche Tätigkeiten schaffen. Den Bundesfreiwilligendienst wollen wir für Seniorinnen und Senioren attraktiver machen. Zudem können Erleichterungen durch den Abbau von bürokratischen Hürden und die Verbesserung der Hinzuverdienstgrenzen den Einsatz im Ehrenamt attraktiver gestalten. Wir sind der Ansicht, dass bei der Festlegung der Haftungsvoraussetzungen die Sonderstellung des bürgerschaftlichen Engagements und des Ehrenamtes berücksichtigt werden muss. Um die Aufwertung des bürgerschaftlichen Engagements und des Ehrenamtes sicherzustellen, bedarf es der Anhebung der Ehrenamtspauschale. Hierzu hat die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag einen Beschluss eingebracht (vgl. Beschluss „Selbstbestimmt ein Leben lang - Freiheit kennt kein Alter“).

DIE LINKE

Mehr als 30 Millionen Menschen engagieren sich in diesem Land. In Vereinen, Initiativen, bei Rettungsdiensten, in der freiwilligen Feuerwehr und an vielen anderen Stellen sorgen Engagierte für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Demokratie lebt von der kritischen und mitgestaltenden Beteiligung einer lebendigen Zivilgesellschaft. Wir wollen dieses vielfältige freiwillige Engagement

besser unterstützen und die Barrieren für soziale Gruppen, die im Engagement unterrepräsentiert sind, senken. Deshalb wollen wir (hauptamtliche) Strukturen ausbauen und sichern, die freiwillig engagierte Menschen unterstützen (nach dem Motto: „Ehrenamt braucht Hauptamt“). Zudem muss die Anerkennung von freiwilligem Engagement verbessert werden. Wir wollen zusammen mit den Ländern und Kommunen einen bundesweit einheitlichen Freiwilligenpass schaffen, der Vergünstigungen und kostenlose Nutzung von Freizeit-, Kultur-, und Bildungseinrichtungen ermöglicht. Auch fordert DIE LINKE eine gleichberechtigte, barrierefreie und sichere Teilhabe von älteren Menschen an der Digitalisierung. Durch die Corona-Pandemie ist deutlich geworden, wie wichtig die Teilhabe an der Digitalisierung ist und auch im bürgerschaftlichen Engagement, kann dies die Partizipation von älteren Menschen krisenfester machen.

Bündnis 90/Die Grünen

Ehrenamt und freiwilliges Engagement sind vielfältig, Millionen Menschen stärken damit den Zusammenhalt der Gesellschaft. Wir GRÜNE wollen den Bundesfreiwilligendienst auf 200.000 Plätze im Jahr erweitern und machen uns für eine rechtliche Garantie für einen Platz stark. Auch für Ältere und Menschen mit Behinderungen sollen die Rahmenbedingungen attraktiver und inklusiver werden. Zusammen mit Ländern und Kommunen wollen wir eine Engagementkarte für Vergünstigungen einführen, beispielsweise für Schwimmbäder oder Theater.

Frage an die Parteien

- **Eine Engagement unterstützende Infrastruktur muss über hauptamtlich besetzte Anlaufstellen nachhaltig aufgebaut und gesichert werden – flächendeckend, wohnortnah und verlässlich. Welche bundespolitischen Maßnahmen plant Ihre Partei, um entsprechende Strukturen zu befördern?**

Antworten der Parteien

CDU/CSU

Das Engagement der Menschen für die Gemeinschaft ist eine wesentliche Grundlage des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Die Zahl der Bürgerinnen und Bürger, die sich ehrenamtlich engagieren, steigt. Die größte Wachstumsgruppe

sind ältere Menschen. CDU und CSU haben das Ehrenamt immer gefördert und neue Formate – wie etwa die Mehrgenerationenhäuser, den Bundesfreiwilligendienst und die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt – ins Leben gerufen. Dabei haben wir den Erhalt und Ausbau des bürgerschaftlichen Engagements in ländlichen und strukturschwachen Regionen zu einem Schwerpunkt der Stiftung gemacht.

Vorhaben, die das Ehrenamt unterstützen und auch in strukturschwachen und ländlichen Regionen von besonderer Bedeutung sind, werden wir weiter fördern. Neben den Aktivitäten der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt werden wir daher die Einrichtung von Anlaufstellen für das Ehrenamt in Kreisen und Gemeinden flankierend begleiten. Sie können die Ehrenamtlichen beraten, ihnen die Arbeit erleichtern und bei der Vernetzung und Qualifizierung helfen. Damit wollen wir auch noch mehr Seniorinnen und Senioren für das Ehrenamt gewinnen.

SPD

Vor allem brauchen wir dazu flächendeckend starke und handlungsfähige Kommunen. Im Zuge der Corona-Pandemie haben wir bereits weitere Schritte getan, um Kommunen von Sozialausgaben zu entlasten. Ein wichtiger nötiger Schritt ist beispielsweise, den besonders hoch verschuldeten Kommunen einmalig hohe Altschulden abzunehmen. Erfolgreiche Strukturen wie den Bundesfreiwilligendienst, die Deutsche Engagementstiftung und das Patenschaftsprogramm „Menschen stärken Menschen“ werden wir verstetigen und nach Möglichkeit ausbauen. Darüber hinaus wollen wir dazu beitragen, dass die vielfältigen Angebote für zivilgesellschaftliches Engagement für ältere Menschen fortgeführt und nach Möglichkeit weiterentwickelt werden. Es bleibt auch weiterhin eine wichtige Aufgabe, Altersgrenzen beim bürgerschaftlichen Engagement zu überprüfen und ggf. abzuschaffen.

FDP

Von Sport und Kultur über Wohlfahrts- und Sozialarbeit bis hin zu Umweltschutz und Kommunalpolitik – tausende Menschen erfüllen in ihrer Freizeit elementare Funktionen in unserem Land. Um sie zu erreichen und zu unterstützen setzen wir auf Digitalisierung. Die Digitalisierung schafft eine neue Form der demokratischen Beteiligung, weil Mitwirkung digital einfacher zu organisieren ist. Deshalb wollen wir den Zugang zu neuen digitalen Lösungen für Vereine vereinfachen – etwa in den Bereichen Akquise und Verwaltung. Von der Gewinnung neuer Mitglieder über soziale Netzwerke, der online Gestaltung der Verwaltungsabläufe, der

zahlreichen digitalen Nachbarschaftsplattformen bis hin zur Benutzung von sog. Ehrenamts-Apps für eine bessere Vernetzung. Digitale Plattformen stellen heutzutage eine wichtige Anlaufstelle dar. Damit alle Altersgruppen davon profitieren, sollen auch ältere Menschen in Alten- oder Seniorenwohnheimen Zugang zum schnellen Internet haben. Um digitale Teilhabe für alle Altersgruppen und eine intuitive Bedienbarkeit für alle Internetnutzenden gleichermaßen zu ermöglichen, wollen wir öffentliche Stellen verpflichten, ihre digitalen Angebote standardmäßig barrierearm und idealerweise barrierefrei anzubieten. Hierzu hat die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag den Beschluss „Fesseln lösen – Ein freies und unabhängiges bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt stärken“ eingebracht. Nicht zuletzt ist die eigene Mobilität eine wichtige Voraussetzung für das ehrenamtliche Engagement – insbesondere im Alter. Wir treten dafür ein, dass bei der ohnehin dringend gebotenen Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs in der Stadt und auf dem Land altersgerechte Aspekte verstärkt einfließen. Die Barrierefreiheit muss ausgebaut und Mobilitätsangebote flexibler und einfacher ausgestaltet werden. Hierzu hat die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag einen Beschluss eingebracht (vgl. Beschluss „Selbstbestimmt ein Leben lang – Freiheit kennt kein Alter“).

DIE LINKE

Wir sind davon überzeugt, dass Ehrenamt das Hauptamt braucht (siehe auch Antwort oben). Daher wollen wir Strukturen ausbauen und sichern, die freiwillig engagierte Menschen unterstützen. Die neu gegründete Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt möchten wir stärker auf die Förderung bestehender Engagementstrukturen ausrichten und die Rolle der Zivilgesellschaft weiter stärken.

Bündnis 90/Die Grünen

Unser Ziel ist es, dass individuelle Entfaltung, demokratische Teilhabe und gesellschaftliches Engagement überall im Land möglich sind, auch in strukturschwachen Regionen. Hier brauchen wir gute Infrastruktur und den Zugang zu öffentlichen Gütern in den Kommunen. Daher wollen wir GRÜNE gemeinsam die Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge“ im Grundgesetz einführen. Regionen, die heute mit großen Versorgungsproblemen kämpfen, sollen wieder investieren und gestalten können. Ziel: In allen Bundesländern Förderregionen auszuwählen und die Zusammenarbeit der Kommunen in diesen Regionen zu unterstützen. Mit Regionalbudgets geben wir

Bürger*innen und Akteur*innen vor Ort die Möglichkeit, ihre Entwicklungsstrategien und Ziele selbst zu bestimmen. Für zentrale Versorgungsbereiche wie Gesundheit, Mobilität und Breitband wollen wir nötige Mindeststandards formulieren. Eine inklusive und solidarische Gesellschaft braucht Orte des Miteinanders, Orte gegen die Einsamkeit, Orte des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Wir GRÜNE wollen eine Bundesstrategie „Orte des Zusammenhalts“ auf den Weg bringen.

Frage an die Parteien

- **Gesellschaftliche Teilhabe muss auch Älteren ermöglicht werden, die aufgrund von Armut, gesundheitlichen Einschränkungen, Migrationserfahrung oder sozialer Isolation benachteiligt sind. Wie wollen Sie Menschen in benachteiligten Lebenslagen Zugang zu Engagement und Partizipation ermöglichen?**

Antworten der Parteien

CDU/CSU

Menschen aus allen Altersgruppen suchen Formen von Engagement. Um die Erfahrungen und das Engagement der Älteren noch stärker als bisher nutzen zu können, wurden Freiwilligendienste deutlich gestärkt. Im Bundesfreiwilligendienst können sich Bürgerinnen und Bürger jeden Alters engagieren. Zudem ist der Bundesfreiwilligendienst auch in Teilzeit möglich. Dies erleichtert es Personen bspw. mit gesundheitlichen Einschränkungen oder Sorgeverantwortung für Kinder und zu pflegende Angehörige, sich zu engagieren.

Um benachteiligte Personengruppen stärker für freiwilliges Engagement zu gewinnen, wollen CDU und CSU die Vielfalt der Freiwilligendienste auch für Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit Behinderungen stärker entwickeln.

Zudem wollen wir eine umfassende Strategie gegen Einsamkeit entwickeln, die Antworten darauf gibt, was Alleinstehende brauchen, worauf Vereinsamung zurückgeht, wo es Defizite gibt und wie diesen präventiv begegnet werden kann – in allen Bereichen und auf allen Ebenen.

SPD

Gleiche Chancen auf Teilhabe für alle ist unser Leitbild. Teilhabe heißt auch Beteiligung am politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben sowie an zivilgesellschaftlichen Engagementmöglichkeiten und an politischen Entscheidungsprozessen. Der Sozialdemokratie ist die Bündelung von unterschiedlichen Interessen diverser Gruppen wichtig. Wir werden Bedingungen schaffen für die politische Befähigung von Menschen, denen zeitliche, soziale und finanzielle Ressourcen für eine Beteiligung am politischen Prozess fehlen. Zur digitalen Teilhabe gehört die Barrierefreiheit. Alle Bürger*innen sollen zur digitalen Selbstbestimmung befähigt werden. Wir brauchen ein Recht auf digitale Bildung und Weiterbildung für alle Generationen. Gerade die Volkshochschulen sind ideale Orte, um digitale Bildung für alle Bürger*innen zu ermöglichen – kostengünstig, barrierefrei, inklusiv. Wir werden die Volkshochschulen mit einem Förderprogramm des Bundes in ihrer Entwicklung unterstützen. Davon werden vor allem auch ältere Menschen profitieren.

FDP

Dem Ehrenamt kommt eine tragende Rolle zur Unterstützung im Alltag und gegen die wachsende Vereinsamung zu. Um ältere Menschen, die aufgrund von Armut, gesundheitlichen Einschränkungen, Migrationserfahrung oder sozialer Isolation benachteiligt sind, Zugang zu Engagement und Partizipation zu ermöglichen, wollen wir das Ehrenamt stärken, entbürokratisieren und digitalisieren. Damit erreichen wir zum einen, dass ältere Menschen von dem ehrenamtlichen Engagement ihrer Mitbürger und Mitbürgerinnen profitieren und beugen sozialer Isolation vor, und zum anderen, dass sie sich selber besser informieren und einfacher engagieren können. Hierzu müssen wir die digitale Teilhabe aller Altersgruppen stärken. Die Vermittlung und das Erlernen von digitalen Kompetenzen spielt hierbei eine wichtige Rolle. Um die gesellschaftliche Teilhabe von Älteren mit Migrationserfahrung zu fördern, wollen wir Angebote zum Erlernen unserer Sprache und unserer Gesellschaftsordnung, Integrationspaten nach kanadischem Vorbild sowie zusätzliche Integrationsmaßnahmen, die sich auch gezielt an Senioren richten, ausbauen. Denn Sprache ist der Schlüssel für Integration und gesellschaftliche Teilhabe.

DIE LINKE

Wir wollen zum einen ein eigenständiges (Bundes-)Teilhabegesetz für Senior*innen, das den Rechtsanspruch auf volle soziale Teilhabe (z. B. den Anspruch auf barrierefreies Wohnen und wohnortnahe Gesundheitsversorgung

im Alter) festschreibt und die Kommunen dafür in die Pflicht nimmt. Es soll die bisherigen Leistungen und Angebote aus Paragraf 71 SGB XII aufnehmen und unter den Aspekten der Selbstbestimmung und Selbstermächtigung weiterentwickeln. Zum anderen wollen wir die Mitbestimmungsrechte für Senior*innen auf Bundes-, Länder-, Kreis- und Kommunalebene stärken. Insbesondere sollen die Rechte der Senior*innenvertretungen ausgebaut und bundeseinheitlich gestärkt werden. Zudem wollen wir altersgerechte, gemeinnützige (zum Beispiel genossenschaftliche), inklusive und vielfältige Wohn- und Betreuungsformen schaffen. Sie sollen das Zusammenleben unterschiedlicher Generationen, Nationalitäten, Religionen, Geschlechter, von Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierung oder Befähigung ermöglichen. Ehrenamt ist häufig auch eine finanzielle Frage, daher setzen wir uns dafür ein, dass eine einkommens- und vermögensgeprüfte Solidarische Mindestrente von mindestens 1.200 Euro eingeführt wird. Nicht zuletzt wollen wir wirksame Hilfen und Konzepte gegen soziale Isolation und Einsamkeit im Alter. Kommunale aufsuchende Angebote für Senior*innen und gemeinschaftliche Begegnungsorte müssen öffentlich gefördert werden.

Bündnis 90/Die Grünen

Auch ältere Menschen in einer schwierigen sozialen oder finanziellen Lage sollen die Möglichkeit haben, sich in die Gesellschaft einzubringen. Finanzielle Absicherung ist die Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und Selbstbestimmung. Wir GRÜNE fordern die Einführung einer Garantierente für langjährige Versicherte, die Stabilisierung des Rentenniveaus und die schrittweise Weiterentwicklung der Gesetzlichen Rentenversicherung zur Bürger*innenversicherung. Wir verfolgen den generationenfreundlichen Ansatz der Age-friendly Cities and Communities der WHO – auch für ältere Menschen in Stadt und Land und im digitalen Raum. Den wollen wir mit einem Programm fördern, bei dem Ansprechstellen und Gemeindezentren über altersgerechtes Wohnen, Weiterbildungsangebote, Pflege und soziale Sicherung sowie Möglichkeiten, sich im Dorf oder im Stadtteil zu engagieren, informieren. Um die Teilhabe auch in der digitalen Welt zu verbessern, wollen wir Initiativen praktischer Bildung und Anwendung im Lebensumfeld und in den Treffpunkten älterer Menschen wie Nachbarschaftszentren und Bibliotheken fördern.

Frage an die Parteien

- **Die BAGSO als Dachverband der Seniorenorganisationen bestärkt Menschen aller Generationen darin, sich zu engagieren und sich am Austausch der Generationen zu beteiligen. Was plant Ihre Partei, um den Dialog der Generationen und das generationsübergreifende Engagement bundesweit zu befördern?**

Antworten der Parteien

CDU/CSU

CDU und CSU setzen sich für einen intensiven Dialog der Generationen ein. Wir arbeiten dafür, dass wir eine Gesellschaft bleiben, die zusammenhält: Junge und Ältere, Starke und Schwächere. Viele Menschen in Deutschland fühlen sich einsam, jüngere wie ältere. Wir wollen eine umfassende Strategie gegen Einsamkeit entwickeln, die Antworten darauf gibt, was Alleinstehende brauchen, worauf Vereinsamung zurückgeht, wo es Defizite gibt und wie diesen präventiv begegnet werden kann – in allen Bereichen und auf allen Ebenen. Wir haben das Bundesprogramm Mehrgenerationenhäuser gestärkt. Mehrgenerationenhäuser sind offene Begegnungsorte in den Kommunen, die generationenübergreifendes Miteinander und bürgerschaftliches Engagement fördern.

SPD

Wir wollen Gelegenheiten dafür schaffen, dass sich die Generationen treffen und austauschen. Deshalb werden wir generationenübergreifende, alternative und barrierefreie Wohnformen in Städten und Quartieren fördern. Das erfolgreiche Bundesprogramm „Mehrgenerationenhaus. Miteinander – Füreinander“ werden wir fortführen und ggf. ausbauen. Die Mehrgenerationenhäuser sorgen für einen starken Zusammenhalt von Jung und Alt. Sie ermöglichen den Menschen gute Entwicklungschancen und faire Teilhabemöglichkeiten. Mit einem Bundesprogramm „Gemeindehaus 2.0“ werden wir aufbauend auf dem Netz der Mehrgenerationenhäuser noch mehr Angebote unter einem Dach bündeln: außerschulische Bildung, Sport, Kulturarbeit, barrierefreie digitale Infrastruktur und mehr. Wir werden durch eine besondere Förderung der haushaltsnahen Dienstleistungen gerade auch älteren Menschen helfen, längere Zeit in ihren eigenen vier Wänden – und damit in der Nachbarschaft auch zu jüngeren Menschen – zu bleiben. Diese Förderung soll so ausgerichtet sein, dass sie auch von Geringverdiener*innen in Anspruch genommen werden kann. Im Rahmen eines Modellprojektes des Bundes werden wir Dienstleistungszentren (DLZ) in

kleinen Städten und Gemeinden schaffen, in denen medizinische und haushaltsnahe Dienstleistungen vermittelt werden.

FDP

Wir Freie Demokraten wollen neben spezifischen Angeboten für Seniorinnen und Senioren immer auch nach generationen-übergreifenden Lösungen suchen und Seniorenpolitik als Teil einer Generationenpolitik verstehen. Der gesellschaftliche Zusammenhalt über alle Altersgrenzen hinweg ist das Herzstück einer lebendigen Zivilgesellschaft, die unser Land von innen heraus stärkt. Von einem wertvollen Erfahrungsaustausch und der Beteiligung aller Generationen profitieren alle - Jung und Alt. Um die gesellschaftliche Teilhabe Älterer zu stärken und Einsamkeit und sozialer Isolation vorzubeugen, müssen wir Orte des generationenübergreifenden Austauschs und des Zusammenkommens ausbauen. Auch die Förderung von generationenübergreifenden Wohnkonzepten, wie beispielsweise Wohngemeinschaften zwischen Senioren und Studierenden oder Auszubildenden, hilft, den Austausch und das Miteinander zwischen Jung und Alt zu stärken, da die Generationen voneinander lernen können und somit zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beitragen. Hierzu hat die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag einen Beschluss eingebracht (vgl. Beschluss „Selbstbestimmt ein Leben lang – Freiheit kennt kein Alter“).

DIE LINKE

Mit generationsübergreifenden Projekten kann dafür gesorgt werden, dass der Austausch zwischen den Generationen bestärkt wird. Ob dies nun ein Projekt ist, bei dem ältere Menschen der jüngeren Generation Wissen vermitteln oder andersherum sollte dabei unerheblich sein.

Bündnis 90/Die Grünen

Wir GRÜNE setzen uns für ein Bundesprogramm lebenswerte und inklusive Quartiere für alle Generationen ein. Damit sollen auch kommunale Aktivitäten für eine bessere Pflege und Altenhilfe vor Ort unterstützt werden. Diese Grundgedanken eines besseren Miteinanders für Jung und Alt beinhaltet auch das Konzept des Netzwerks der Weltgesundheitsorganisation „WHO Global Network of Age-friendly Cities and Communities“. Um Zugang und Teilhabe Älterer und eingeschränkter Menschen zu stärken und damit mehr Lebensqualität aller im öffentlichen Nahraum zu fördern, möchten wir das Konzept unterstützen und für seine Weiterverbreitung sorgen, weil es auch

international Städte und Gemeinden dabei verknüpft, altersgerechte Umgebungen zu schaffen.

Frage an die Parteien

- **Wie wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, zeitgemäße Bildungsangebote für ältere Menschen bundesweit auszubauen und die politische Bildung für ältere Menschen – auch durch die Bundeszentrale für politische Bildung – zu stärken?**

Antworten der Parteien

CDU/CSU

CDU und CSU werden zeitgemäße Bildungsangebote auch für ältere Menschen ausbauen und eine nationale Bildungsplattform aufbauen. Die Bedeutung digitaler Lehr- und Lernangebote wächst. Daher wollen wir bestehende und neue digitale Bildungsplattformen zu einem bundesweiten und europäisch anschlussfähigen Plattform-System verknüpfen. Die Plattform ist Kernstück eines neuen digitalen Bildungsraums für Deutschland und einer Modernisierung der Bildung insgesamt. Es geht darum, allen Menschen – vom Schulkind bis zum Rentner – den Zugang zu digital gestützten Bildungsangeboten zu erleichtern. Einen Schwerpunkt legen wir auf Weiterbildung und lebensbegleitendes Lernen. Es geht um das passende Angebot, das alle schnell finden und sicher nutzen können

SPD

Die SPD will sich innerhalb, aber auch außerhalb der schulischen Bildung für verstärkten und einfacheren Zugang zu politischen Bildungsmöglichkeiten und für Demokratieförderung einsetzen. Gute Senior*innenbildung beruht dabei aus unserer Sicht auf dem intergenerationalen Austausch in der Familie oder im Ehrenamt. Die Jüngeren lernen im Austausch mit den Zeitzeug*innen gelebte Geschichte, die Perspektiven von Senior*innen werden erweitert und Mitwirkungsmöglichkeiten gestärkt. In Zusammenarbeit mit den Kommunen, den Ländern und zivilgesellschaftlichen Organisationen sollten Möglichkeitsräume und niedrigschwellige Angebote geschaffen werden, um das politische Lernen und die Wissensvermittlung auch im Alter zu fördern. Volkshochschulen sind Orte des generationenübergreifenden gesellschaftspolitischen Lernens, in denen Menschen ins Gespräch kommen. Mit ihrer flächendeckenden Verbreitung in

Deutschland und ihrer kommunalen Verankerung sind Volkshochschulen in besonderem Maße in der Lage, weite Teile der Bevölkerung zu erreichen. Deshalb sollten sie gestärkt und erprobte Formate wie Bürgerdialoge gefördert werden.

FDP

Wir Freie Demokraten wollen ein zweites Bildungssystem schaffen, mit dem sich Menschen auch im Ruhestand unbürokratisch weiterbilden können. Ältere Menschen sollen auch in Alten- oder Seniorenwohnheimen Zugang zum schnellen Internet haben. Um digitale Teilhabe für alle Altersgruppen und eine intuitive Bedienbarkeit für alle Internetnutzenden gleichermaßen zu ermöglichen, wollen wir öffentliche Stellen verpflichten, ihre digitalen Angebote standardmäßig barrierearm und idealerweise barrierefrei anzubieten. Um die gesellschaftliche Teilhabe zu fördern, braucht es zudem mehr altersgerechte Kulturprogramme und Bildungsprojekte.

DIE LINKE

DIE LINKE will, dass lebensbegleitendes Lernen ermöglicht wird. Daher fordern wir eine gleichberechtigte, barrierefreie und sichere Teilhabe von älteren Menschen an der Digitalisierung. Schnelles Internet und Hardware für digitale Teilhabe sind eine Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben im Alter und sollen öffentlich gefördert und altersgerecht ausgebaut werden. Dazu müssen zum einen die technischen Voraussetzungen geschaffen werden. Wir wollen den Glasfaserausbau mit Investitionen von 10 Milliarden Euro jährlich in ganz Deutschland fördern. Internet muss zur Grundversorgung zählen. Alle Wohnungen sollen Glasfaseranschluss (FFTH) erhalten. Seniorinnen und Senioren müssen aber zum anderen auch die Möglichkeit haben, sich zu den Themen der Digitalisierung leicht weiterbilden zu können: von Fragen zur Bedienung und der Angebotsnutzung bis hin zu Wissen über Fake News oder den Schutz vor Betrug. Wir wollen auch, dass Freizeit- und Bildungsangebote für Seniorinnen und Senioren erschwinglicher werden, um so auch im Alter neue Kontakte und Erlebnisse zu ermöglichen. Die Angebote der Volkshochschulen und auch der Bundeszentrale für politische Bildung sollen sich stärker an den Bedarfen älterer Menschen ausrichten. Dazu müssen sie und andere öffentlich geförderte Weiterbildungseinrichtungen ausreichend und dauerhaft finanziert werden. Für Daueraufgaben sind auch Dauerstellen zu schaffen.

Bündnis 90/Die Grünen

Es ist uns wichtig, dass alle Menschen bis ins hohe Alter die Möglichkeit haben, sich zu bilden und weiterzubilden. Das Motto des „lebenslangen Lernens“ möchten wir mit Leben füllen. Unser grünes Weiterbildungsmodell BildungsZeit Plus unterstützt Menschen deshalb mit einem individuellen Mix aus Darlehen und Zuschuss dabei, eine Weiterbildung zu finanzieren. Diejenigen, die neue Chancen oder Weiterbildung brauchen, sollen sie auch bekommen. Und es ist unsere Aufgabe, Sorge dafür zu tragen, dass die Kosten und Belastungen dieser Veränderung gerecht verteilt sind. Mit dem Ansatz der Age-friendly Cities and Communities der WHO wollen wir GRÜNE Ansprechstellen und Gemeindezentren fördern, die über altersgerechtes Wohnen, Weiterbildungsangebote, Pflege und soziale Sicherung sowie Möglichkeiten, sich im Dorf oder im Stadtteil zu engagieren, informieren. Um die Teilhabe auch in der digitalen Welt zu verbessern, wollen wir Initiativen praktischer Bildung und Anwendung im Lebensumfeld und in den Treffpunkten älterer Menschen wie Nachbarschaftszentren und Bibliotheken fördern.

Frage an die Parteien

- **Die mit den demografischen Veränderungen verbundenen Herausforderungen werden ohne die Potenziale der Älteren nicht zu bewältigen sein. Welche Maßnahmen sind auf bundespolitischer Ebene geplant, um die gesellschaftliche und politische Mitwirkung von Seniorinnen und Senioren zu fördern?**

Antworten der Parteien

CDU/CSU

CDU und CSU arbeiten dafür, dass wir eine Gesellschaft bleiben, die zusammenhält: Junge und Ältere, Starke und Schwächere. Unser christliches Menschenbild gibt uns hierfür den Kompass an die Hand: Individuelle Freiheit und gemeinschaftliche Verantwortung sind keine Gegensätze, sondern sie bedingen einander. Mit den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft sorgen wir dafür, dass jeder Mensch in unserem Land eine gute medizinische und pflegerische Versorgung erhält und dass jedem geholfen wird, der Hilfe braucht. Wir sorgen für eine verlässliche Rente und einen Neustart bei der privaten Vorsorge, damit diese an Attraktivität gewinnt.

Damit wir auch in Zukunft die Fachkräfte haben, die unser Land braucht, setzen wir unter anderem auf gute berufliche Ausbildung, die zunehmende Beschäftigung von Frauen, Älteren und Menschen mit Behinderungen auf dem ersten Arbeitsmarkt, die Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen sowie den gesteuerten Zuzug gut ausgebildeter und leistungsbereiter Menschen aus den Mitgliedstaaten der EU und aus außereuropäischen Staaten.

SPD

Für die Bewältigung der großen anstehenden Zukunftsaufgaben brauchen wir alle Menschen. Wir wollen, dass sich ältere Menschen möglichst lange einbringen können. Dafür wollen wir auch in Zukunft auf allen Ebenen die erforderlichen Voraussetzungen schaffen. Wir wissen: Vielerorts sind es vor allem die älteren Menschen, die für funktionierende nachbarschaftliche Netzwerke, bürgerschaftliches Engagement, ein vitales Vereinsleben und eine funktionierende Kommunalpolitik sorgen. Die Potentiale der älteren Menschen sind ein Schatz, den wir zum Wohle aller heben und sinnvoll einsetzen wollen. Dazu bedarf es vor allem Kümmerer vor Ort, die auf die älteren Menschen zugehen und sie bestmöglich begleiten. Die Vielzahl von Unterstützungsmaßnahmen umfasst flächendeckende Freiwilligenagenturen, bessere Vernetzung von Vereinen, Verbänden, Wirtschaft und öffentlichen Institutionen sowie Schaffung einer Aufmerksamkeits- und Anerkennungskultur.

FDP

Ältere Menschen haben unsere Gesellschaft aufgebaut und tragen sie durch ihre Lebensleistung mit. Ihre Erfahrungen und Kompetenzen sind für die Aufgaben, die auf unsere Gesellschaft zukommen, unverzichtbar. Die repräsentative Demokratie, zu der wir uns bekennen, gewinnt durch neue Instrumente der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger aller Altersgruppen außerhalb von Wahlen. Entscheidender Adressat und Auftraggeber für mehr Bürgerbeteiligung sind für uns daher die Parlamente, etwa durch die Möglichkeit der Bürgerberatung durch Hausparlamente, die Erweiterung des Petitionsrechts um das „Bürgerplenarverfahren“ oder durch per Zufallsauswahl besetzte Bürgerräte. Stets muss dabei unmissverständlich klargestellt sein, dass nur das Parlament legitimierte Entscheidungen trifft, der Beratungsauftrag klar eingegrenzt und die Erwartungen klar definiert sind. Der Deutsche Bundestag sollte zudem auf Open-Source-Basis eine digitale Plattform mit einer Vorhabenliste einrichten, die staatliche Behörden und Einrichtungen verpflichtet, ihre Pläne und Abwägungen künftig im Sinne echter Informationsfreiheit zu dokumentieren sowie der

öffentlichen Kommentierung zugänglich zu machen. Damit auch ältere Menschen von diesem Angebot profitieren, wollen wir die digitale Teilhabe stärken. Wir Freie Demokraten fordern die Abschaffung diskriminierender Altersgrenzen. Gesetze und Satzungen mit beschränkenden Altersgrenzen sollen auf ihren möglichen diskriminierenden Charakter hin überprüft und eine Aufhebung oder Anpassung soll nach sach- und leistungsgerechten Kriterien vorgenommen werden. Wir fordern zudem Qualitätskriterien und Leitfäden für die Zusammenarbeit zwischen Schulen und außerschulischen Initiativen. Engagierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Expertinnen und Experten jeden Alters können Schülerinnen und Schülern lebens- und alltagsnah von ihrer Arbeit erzählen, zum Ausprobieren einladen und die Bedeutung ihrer Forschung für die Gesellschaft erläutern. Dadurch können Schülerinnen und Schüler unabhängig vom Elternhaus neue Perspektiven erhalten. Zivilklauseln oder das pauschale Aussperren von Unternehmen, Parteien sowie der Bundeswehr lehnen wir im Bildungsbereich ab.

DIE LINKE

Mitbestimmungsrechte für Senior*innen auf Bundes-, Länder-, Kreis- und Kommunalebene wollen wir stärken. Nach Auffassung der LINKEN kann die aktive Teilhabe von Senior*innen auf allen kommunalen Ebenen vor allem durch die Gründung von Seniorenvertretungen in den Landkreisen, Städten und Gemeinden eine entsprechende Förderung erfahren.

Seniorenmitwirkungsgesetze in allen Bundesländern, ähnlich wie etwa in Berlin, Thüringen und Hamburg sollen dafür die entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen. Auf Bundesebene wird von uns ein entsprechendes Teilhabegesetz für Senior*innen angestrebt. In allen Bundesländern werden Seniorenmitwirkungsgesetze erlassen, die aufgrund von Landesgesetzen die Mitwirkung Senior*innenvertretungen gesetzlich absichert.

Bündnis 90/Die Grünen

Die unter 2. gefassten Vorstellungen zu demokratischer Teilhabe und gesellschaftlichem Engagement schließen die ältere Generation unbedingt mit ein. Die dazu unter 2., 3. und 4. aufgeführten Vorschläge beinhalten gesellschaftliche und politische Beteiligung gleichermaßen.

Herausgeber

BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen e. V.

Noeggerathstr. 49
53111 Bonn
Telefon 0228 / 24 99 93-0
kontakt@bagso.de
www.bagso.de
[facebook.com/bagso.de](https://www.facebook.com/bagso.de)
twitter.com/bagso_de